

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 500 Mark für einen Monat ohne die Post; Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
gebührt für Zustellung; Es ist nur Postbezug zulässig; Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 7. April 1923

Nummer 38

### Das entschleierte Bild von der Schicksals- gemeinschaft

#### Wiersale der Prinzipalsdiplomatie einst und jetzt

Beide Teile, Prinzipale wie Gehilfen, bilden eine Schicksalsgemeinschaft, und man müsse sehen, wie man miteinander durchkomme, und wie lange man sich noch an der Oberfläche halten könne.

So war es am 6. Oktober 1922 im Tarifausschuss von dem offiziellen Prinzipalsredner zu hören. Im Dezember, bei den großen Verhandlungen zur Tarifierneuerung, führte die Prinzipalsvertretung dann in eigenförmiger Organisationsinteresse den tödlichen Streich gegen die Tarifausschussgemeinschaft im Buchdruckgewerbe, die zu Zeiten mit einer Schicksalsgemeinschaft identifiziert werden konnte. Die Zweifelsektaktik der leitenden Prinzipalität stellte sich damit ein fürwahr nicht glänzendes Zeugnis aus. Wie oft aber hat man sonst schon die eigenen Götter gestützt, und in Acht und Bann getan, was man vordem als Dogma ausgegeben hatte? Es ist ein förmlicher Kreislauf von Verheerungen in der Prinzipalsaktik zu beobachten. Manchmal macht es den Eindruck von Abberitenstreichchen, wie man sich zu sich selbst in trassen Widerspruch setzte. Eine klare Linie ist eigentlich nie wahrzunehmen gewesen in dem, was als Prinzipalsaktik angesehen werden muß. Unter dem brutal-reaktionären Regime bürokratischer, „Regierungskunst“ wird davon noch viel weniger die Rede sein, die bisherigen Proben davon gleichen lediglich einem Rutsch in den Sumpf. Den Sturz der Tarifausschussgemeinschaft abzuwehren, lag nicht in der Macht der Gehilfenvertretung, denn zu einer Vertragsgemeinschaft gehören mindestens zwei Teile. Da aber der eine Teil (die Prinzipalität) nicht mehr wollte und aufloste, so blieb anstandslos eine sehr starke Depression im Gewerbe nichts anderes übrig, als die neuen Experimentierkünste auf der anderen Seite einen ganz großen Abberitenstreich vollführen zu lassen. Zu welcher Bilanz man dabei kommen wird, können auch die noch erleben, die der Überzeugung sind, daß sie auf dieser so unschön gewordenen Erde nichts mehr zu suchen haben.

Wie mit einem nicht geringen Überschwanke die maßgebende Prinzipalität sich in der Frühzeit der Ara Döblin-Würnenstein-Schlöbbs für die Tarifausschussgemeinschaft einsetzte, so ging man 1905/1906 mit dem von den Prinzipalsführern zum Patent angemeldeten Organisationsvertrag in die Wollen. Einen Organisationsstarf wie jetzt, der damals anderswo schon einige Seitenstücke hatte, wollte man jedoch nicht. Dämmerungsaufbruch halbes Erkennen, haltlosen Schwanken und bleierne Rückständigkeit! Als dann von christlicher Seite Proteste hagelten, fiel man prompt um und ließ sich mit dem Gutenbergsbunde links trauen. Aus dem Organisationsvertrag aber wurde das gefährliche Rudiment eines reinen Haftungsvertrages. Das Stürmen im Jahre 1922 zum Organisationsstarfe indes hatte zum Zweck, sich über die vorhandenen beträchtlichen Minderheiten hinwegzusetzen und den DVB. zum alleinigen Vertragspartner zu machen. Diese Rechnung hat allerdings diverse Spekulationsfehler aufzuweisen.

Im Januar 1922 nannte die „Zeitschrift“ das Verlangen der Arbeiterschaft nach schneller und völliger Anpassung der Löhne an die fortschreitende Teuerung „Wahnsinnspolitik“, die das deutsche Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttern müsse. Was damals und später die Arbeiterschaft wollte und verlangte, ist bis auf den heuligen Tag nicht Tatsache geworden, vielmehr ging der Reallohn weiter und weiter zurück, und das selbst in Gewerben, die von der Konjunktur begünstigt sind. Im August 1919 hatte aber die Prinzipalsleitung schon eine Probe aufs Exempel von Wahnsinnspolitik geliefert, indem sie für das besetzte Gebiet und die Druckorte bis zu 6 Proz. Lokalszuschlag im unbefesteten Deutschland einen Abbau der Teuerungszulagen von 20 M. im Tarifausschuss beantragte, für alle übrigen Druckorte Deutschlands um 10 M. Daß sie damit hercinfiel und es zu einer Verlängerung des geltenden Zustandes bis Ende September kam, für die Zeit vom 1. Oktober an aber gleichgültig eine Lohnerböhung festgesetzt werden konnte, das war eine gar böse Blamose für die höhere Prinzipals-

taktik. Jetzt werden in Rheinland-Westfalen bis zu 20 000 M. Sonderzulage gewährt; freiwillig zwar nicht, auch tüchtige Blamagen vor den eingreifenden behördlichen Organen brachten es erst dahin. Im August 1919 sollte aber das besetzte Gebiet des Hauptversuchsfeld für den Lohnabbau bilden! Kann andern Unternehmerverbänden ein nur entfernt großer Reinsfall nachgesagt werden? Ist so etwas nicht wahr, wirkliche Wahnsinnspolitik? Das, was im Januar 1922 damit die „Zeitschrift“ der Arbeiterschaft und der Buchdruckerarbeiterschaft im besonderen unterstellen wollte, schließt sowieso gegen ihre Kreise aus. Denn die wahnsinnige Übersteuerung in allem, der elende Preiswucher, der famose Wiederbeschaffungspreis haben das Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttert, und aus der deutschen Volkswirtschaft ist durch unerbändige Gewinn gier eine Sauwirtschaft sondergleichen geworden. Im gesamten Unternehmerlager gibt es nur ganz wenige Anschuldige daran.

Man könnte ja nun sagen, daß irren menschlich ist, habe sich eben auch bei den Buchdruckern ereignet; die Verhältnisse kehren sich heutzutage nun einmal um. Das wäre zuzugeben, wenn in den übrigen Unternehmerkreisen ein ebenso fehlerhafter Kreislauf von hohlen Nebensarten (Schicksalsgemeinschaft), starker Aufgeblasenheit (soziales Verständnis) und falschem Wirtschaftsblick (vielfache Prophezeiungen über Preisabbau) einerseits und arg rückständiger Lohnpolitik (verzögerte Aufnahme der Teuerungszulagen, fruchtloseste Versuche zur Lohnniederhaltung und nun Losstrupp zum Lohnabbau) wahrzunehmen sein würde. Es ist aber Tatsache, daß auch rückständigste geleitete Unternehmergroßverbände, z. B. die sächsische Holzindustrie, jetzt schließlich doch noch einer weiteren Lohnerböhung zugestimmt haben, obwohl die Holzarbeiterlöhne immer beträchtlich über denen der Buchdrucker gestanden haben. Es ist auch bekannt, daß keine andre Unternehmergruppe von Lohnverhandlungen ein solches Aufsehen macht wie die Buchdruckprinzipale, die immer laut gaderen, selbst wenn sie ganz faule Eier gelegt haben. Die Kleinhandwerkerkreise pflegen fast durchweg bei Lohnverhandlungen schneller und besser zu bereifen als die Buchdruckunternehmervertreter, die sich bei solchen Verhandlungen gerade der Kleinbetriebe als Hemmschuh bedienen. So irrt sich es auf der Gegenseite von uns bald so und bald so. Uns erscheint eigentlich nur die Leipziger Barbierinnung mit ihrer eisenstirnen Beschränktheit in sozialen Dingen und ihrer sehr geschäftstüchtigen Preis-schrauberei konkurrenzfähig dazu zu sein; daß mit den Buchdrucker-gehilfen nicht ebensolche Lohnschinderei getrieben werden kann, stört allerdings den Vergleich.

Seit dem 1. April 1916 erst geht es in unserm Gewerbe mit dem Anpassen der Löhne an die durch den Krieg und die Nachkriegszeit schneller sich ändernden Verhältnisse. Zunächst wurde appelliert an das soziale Verständnis, vielfach aber blieben die Taschen geschlossen, bis Zwang durch die Tarifausschuss eintrat. Man empfand die nur penniaweißen Teuerungszulagen als ebenso unberechtigt und ebenso gewerbeschädigend wie die nach sieben Jahren nochmals geforderte Lohnerböhung, die durch den in Riesenvergrößerung und auf der ganzen Linie gesehenen Preisabbau von den Wirtschaftsweisen des DVB. als völlig überholt bezeichnet werden konnte. Daß schon mit dem 1. Oktober 1915 die Druckpreiserhöhungen begannen, und das nicht gar so teufelweise wie die Teuerungszulagen bei den Gehilfen, gehört jedenfalls zum Wesen einer Schicksalsgemeinschaft nach den DVB.-Begriffen. Auch der ganz keine Unterschied beim Bilanzschluß am 1. April 1923: Lohnsteigerung gegenüber Friedensstand um das 2072fache, Druckpreiserhöhung um das 5470fache, entschleierte das Bild von der Schicksalsgemeinschaft im Buchdruckgewerbe abschreckend. Was da von Gehilfenseite bei den Verhandlungen alles getan und wie gar manchmal mehr als auf dem Kampfweg erreichbar auch durchgesetzt worden ist, um den Abstand nicht noch größer werden zu lassen, kann hier nur mit ferner Andeutung angedeutet werden. Friedensliebe trauerte stets von den Lippen der Prinzipalsunterhändler; doch wenn im Augenblick noch die schwierige Lage des Gewerbes nachschwarz Schilderung erfahren hatte, kam es öfters schon im nächsten unwehülter Kriegserklärung an die Gehilfenadresse, indes gegen die Zusicherung durch die Lieferantenkreise man kaum mehr als einige lahme Proteste fand. Die Profitausschussgemeinschaft läßt das eben nicht anders sein, unter Schicksalsgemeinschaft mit den Gehilfen demonstriert man

aber den nackten Klassenkampf. Recht so! Nur Schluss gemacht mit den Saltadertönen gewisser Schöngelster oder Patriarchenseelen. Auch keine Täuschung über die Wirkung der Sprache in den Wandelgängen, daß man persönlich ja wohl möchte, aber die „Einheitsfront“ müsse doch gewahrt werden usw. Der heillose Unsinn, der in den sieben Jahren sich häufig genug in Gestalt von falschen Ziffern, grundverlehrten Lageberurteilungen und noch falscheren Prognoseungen in betreff Preisabbau — manchmal auch von klareren Köpfen mit verblüffender Kühnheit vorgebracht — aufgestapelt hat an dem Verhandlungstisch der Parteien, möchte noch dahingehen, denn jeder mag sich nach seinem Gusto mit Ruhm bekleiden. Was aber an Versprechungen der Gehilfenvertretung geleistet, dann demagogisch verdreht und auch gar nicht gehalten worden ist, das vervollständigt das wahre Bild von der Schicksalsgemeinschaft gar übel.

### Preisfächter des Lohnabbaues

Als das, was so im Laufe der Jahre zu dem wahrhaftig nicht anmutenden Bilde sozialer Kuradämigkeit zusammengedrückt worden ist, hat die „Zeitschrift“ vom 28. März mit geradezu meisterhaftem Geschick herausgestellt. Durch unsern Artikel „Schrittmacher der sozialen Reaktion“ in Nr. 35 werden wir als „Schüler aus dem Häuschen geraten“ betrachtet ob des Prinzipalsantrages auf zehnprozentigen Lohnabbau. Diese Auffassung möchten wir nicht ganz bestreiten; vor Freude sind wir nämlich über diesen „Zeitschrift“-Artikel aus dem Häuschen geraten! Ist er doch wie so leicht kein zweiter geblendet, die geistige Höhengemeinschaft mit der Leipziger Barbierinnung sichtbar zu machen.

Am 23. März schrieb der Direktor der Materialbeschaffungsstelle für das graphische Gewerbe, welche eine Einrichtungs des DVB. ist, in einer kleinen Abhandlung über „Preisbildung“: „Der eigentliche Preisabbau ist bei weitem noch nicht bei allen Materialien erfolgt, es gibt im Gegenteil sogar noch viele Artikel, die teurer geworden sind oder bei denen noch mit einer Preiserhöhung gerechnet werden muß.“ Das ist zwar zum Zwecke der Hochhaltung der Druckpreise gesagt, kann aber mit einigen Einschränkungen als Tatsache angenommen werden, wenn diese inwischen auch als vermehrt gelten können.

Am 23. März jedoch schrieb die „Zeitschrift“ in ihrem die Prinzipalsredner bei den Lohnverhandlungen vom 23./24. März hübsch illustrierenden Leitartikel „Keine neuen Lohnerhöhungen — kein Lohnabbau“ in bezug auf die Lebensunterhaltskosten dazu völlig gegensätzlich: In einem Augenblick, „wo unverkennbar die Kosten der Lebenshaltung keine Verteuerung, sondern eine sehr merklliche Ermäßigung aufwiesen“, hätten die Gehilfenvertreter den Mut in einem Antrag auf Lohnerhöhung um 25 Proz. gefunden. Reichliches Material zur Rechtfertigung eines Antrags auf zehnprozentigen Lohnabbau habe zur Verfügung gestanden, in Hamburg schon betrage die Ermäßigung der Lebenshaltungskosten mehr als 12 Proz. Am 1. März sei eine erhebliche Steuerermäßigung eingetreten. „Die Buchdrucker ständen gegenwärtig mit an erster Stelle hinsichtlich der Lohnhöhe.“ Die „günstige Gestaltung der Löhne“ ermögliche es erst der Gehilfenschaft, ihre Arbeitslosen und Kurzarbeiter über Wasser halten zu können. Die letzte, 25 Proz. betragende Lohnerhöhung sei an sich viel zu hoch ausgefallen und hätte daher eine Opposition wie nie zuvor ausgelöst. „Unverkennbar sei noch mit einer weiteren Preis senkung zu rechnen, zumal auch Minister Becker erklärt habe, daß der weitere Preisabbau unaufhaltsam sei und von der Regierung mit allen Mitteln unterstützt werde.“ Diese zueinander stark differierenden Behauptungen wurden also von zwei Stellen aus im Prinzipalslager zum gleichen Zeitpunkte aufgestellt!

In der Absicht des Lohnabbaues selbst haben die Buchdruckerunternehmen ganz honorize Bundesgenossen, z. B. die Metallindustriellen in Leipzig, wo schon die Aussperrung begonnen hat, und in anderen Großstädten; auch sonst wird mancher Stoßtrupp schon vorgeschickt worden sein, und das namentlich von größeren Verbänden. Es sind aber zuweilen jetzt noch ganz annehmbare Erhöhungen eingetreten, sogar unter Mithilfe von unteren und höheren Schlichtungsstellen. Die Bedersche Regie klappert also erfreulicherweise nicht einheitlich. Leider müßten aber wir armen Buchdruckerstellen als erste daran glauben. Der auf „Stoppen der Löhne“ eingestellte Schiedspruch des Zentralschlichtungsamtes ist, wie es in der Protesterklärung der Gehilfenvertretung ganz richtig heißt, eine große Ungerechtigkeit und eine Fehlentscheidung. Wie die zur Spruchfällung berufenen Personen bei ihrer doch genauen Kenntnis der Verhältnisse im Buchdruckgewerbe, der notorischen Rückständigkeit unser Unternehmen in Lohnfragen und ihrer bis zum Arbeitsminister hinauf bekannten Kleinlichkeit gerade mit uns die Probe aufs Exempel machen konnten, das ist uns unerfindlich. Es ist doch kaum anzunehmen, daß man unsern Prinzipalen deshalb zu willens war, damit sie zeigen konnten, daß bei ihnen die frühere Zustimmung, wenn auch mit den Teuerungszulagen zu spät angefangen und damit dann zu langsam fortgeschritten sei, so werde man bei dem doch einmal kommenden Lohnabbau nicht der erste sein, nur die Bedeutung von Schall und Rauch habe und somit Wortbrüchigkeit vorliege. Der Ruhm, daß die Leuten die ersten sein werden, hat sich indes hier in seiner ganzen Zweifelpflichtigkeit erfüllt.

Wollte man aber die Herrschaften sich in ganz unhaltbaren Behauptungen produzieren lassen, dann ist die Absicht gut gelungen. Der Schwarten der Leipziger Barbierinnung breitet sich da gleich wieder aus . . .

### Wie es mit dem Preisabbau bestellt ist

Wir weisen nicht daran, daß in der Arbeiterschaft sich eine große Mehrheit finden würde, die für einen wirklichen Lohnabbau eintritt, wenn mit der Preis senkung offensichtlich und allgemein Ernst gemacht wird. Die jetzigen „hohen Löhne“ sind doch nur ein Gradmesser für das Elend der Arbeiterschaft. Deshalb würden gerade wir Buchdruckergehilfen christliche Preisfächter für den Lohnabbau sein, wenn eben jene große Voraussetzung einwandfrei gegeben wäre. Die in der Tarifkommission mit wenig wirtschaftlichem Verstand und noch geringerem sozialen Verständnis sich produzierenden Prinzipalsweisen wandeln aber auf den unehrlichen Wegen des schwerindustriellen Reichswirtschaftsministers und wollen durch Lohnabbau zur Preis senkung kommen. Der DVB. wehrt sich durch sein Wirtschaftsrat indes gegen den Preisabbau, auf den Lohnabbau geht er los wie Blücher.

Jetzt liegen statistische Überblicke vor, wie für die nämliche Zeit, wo nach den Prinzipalsrednern in der Tarifkommission und vor dem Zentralschlichtungsamt der Preisruß wie eine Nobelkugel vor sich gegangen sein soll — immer nach dem niedlichen Grundsatz, daß der Zweck die angewandten Mittel heiligen muß —, sich die Dinge in Wirklichkeit gestaltet haben. Die Löhne waren allgemein am Ende des Jahres 1922 gegenüber der ersten Jahreshälfte um 50 bis 60 Proz. in ihrem realen Werte zurückgegangen. Bei den Buchdruckern im speziellen konnte der Lohnstand noch weniger befriedigen. Im Rahmen der in der vorigen Kammer behandelten Lohnstatistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom Ende Dezember 1922 (für uns Buchdrucker also maßgebend die vom 16. bis 31. Dezember geltenden Tariftlöhne) standen wir unter 44 Berufen bzw. Industrien in 48 Orten erst an 38. Stelle mit unserm Verdienst. Zugegeben die in dieser Statistik vorgekommenen Fehler, könnten wir aber doch nur um einige Nummern voran kommen. Gerade in den großen Städten, wo alle 44 Berufe erfaßt wurden, stehen die Buchdrucker und die Hilfsarbeiter weit hinten; meistens folgen nur noch die Konditoren, die Gärtner und die Friseure nach. Im Januar ist der Reallohn noch weiter zurückgegangen, im Februar scheint der Rückgang nicht so groß gewesen zu sein. Für die Buchdrucker können wir vom Januar erst nur mit einem statistischen Beispiel aufwarten, und zwar nach den statistischen Monatsheften der „Frankfurter Zeitung“. Danach wären, wenn man für Dezember die Statistik des DVB. zur Grundlage nimmt, die Frankfurter Buchdrucker von der 41. Stelle unter 44 Berufen im Januar an die 17. Stelle unter nur 26 Berufen getreten. Wenn der Vergleich in Betracht der unterschiedlichen Erfassung auch nicht als vollwertig angesehen werden kann, so darf ein Vorankommen der Buchdrucker doch nicht bestritten werden. Im allgemeinen wird es bei den Buchdruckern ebenso liegen, und für Februar und März kann der Aufstieg etwas fortgeschritten sein.

Vesonnen geachtet ist es ein sehr starkes Stück von dem Berliner Prinzipalsredner vor dem Zentralschlichtungsamt gewesen, von den Buchdruckern zu sagen, sie ständen gegenwärtig mit an erster Stelle in ihrer Lohnhöhe. Wir werden uns den Fall merken, die weiteren Statistiken verfolgen und dann dem Stegreifredner das Nötige bedeuten, damit er vorsichtiger werde. Jetzt können wir aber schon sagen, daß in Berlin zur nämlichen Zeit die Schornsteinmaurer mit 95 651 M. den tariflichen Höchstlohn hatten, die Buchdrucker mit 71 250 M. haben eine ganze Anzahl von Berufen bis zu den Schornsteinmaurern vor sich. Damit bleiben aber die Berliner Buchdrucker um 27 500 M. unter dem Berliner Existenzminimum. Es ist geradezu trivial, angesichts dessen vor einer Schlichtungsstelle mit Behauptungen aus dem Handgelenk zu operieren. Und da wird noch in der „Zeitschrift“ von einer günstigen Gestaltung der Löhne gesprochen, durch die allein der Verband seine Unterstüßungen für die Arbeitslosen usw. leisten könne! Das wagen Leute zu schreiben, denen jedes Verständnis für die außerordentlichen Opfer an Beiträgen angesichts so geringer Löhne abgeht, wo sie doch wirklich nicht zuletzt durch ihre Überpreise ein gerüttelt Maß von Schuld an der großen Arbeitslosigkeit und dem Vordringen der Verzweigungsapparate haben. Sie werden aber erleben, daß trotz allem Elend die Buchdruckergehilfenschaft auch gegen die Prinzipale noch etwas aufzubringen vermag, denn die auf Lohnabbau eingestellte neue Strategie verlangt nach einem sicher wirkenden Abführmittel.

Die Zifferngaukelereien in der Tarifkommission über den Preisabbau muten noch einfältiger an als bei dem verunglückten Experiment im August 1919. Ob da Schaufensterpreise auf kuradentende Prinzipalsgemüter gar zu großen Eindruck gemacht haben oder ob irgendein bürgerliches Blatt mit verlogenerem Geschreibsel über die Preis senkung in dem bisherigen geistigen Haushalt Verheerungen anrichtet hat, mag dahingestellt bleiben. Wir empfehlen, zur Gegenart im „Berliner Tageblatt“ vom 28. März morgens den Leitartikel „Die Vorstufen des Preisabbaues“ zu lesen, über die nur „provisorische Marktabstufung“ nachzudenken, über die „Opferwilligkeit“ der Leute von Besitz bei der schmächtig vertragenen Dollaranleihe Betrachtungen anzustellen mit dem Ausblick, daß dieser schwerindustrielle und kapitalistische Dolchstoß für die schwerindustrielle Regierung Cuno den Dollar wieder tüchtig in die Höhe treiben wird, und den einen Satz aus dem „B. T.“ besonders zu beherzigen: „Man hat den Eindruck, daß zwar hier und da die Preise herabgesetzt werden, aber sie sind nur wie die Taube, die nach dem großen Einsturz ausfliehte.“

Das „Berliner Tageblatt“ vom 1. April gab für seinen wöchentlichen Großhandelsindex eine Steigerung von 3,6 Proz. für die Zeit vom 20. bis 27. März an. Die amtliche Statistik der Großhandelspreise weist schon für die Zeit vom 15. bis 24. März eine Steigerung

auf, nämlich von 4750 auf 4821. Industriefstoffe und Inlandwaren wollen nicht im Preise herunter, die Einfuhrwaren eher. Die Lebensmittelpreise haben schon wieder ansteigende Kurve, auch Textilien und Leder. Die Luftkonvention hat nach einer Veröffentlichung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes in der vorigen Woche ihre Preise gar um 30 bis 40 Proz. erhöht. Das ist wirtschaftsgefährliche Kartellgewalt! Ebenfalls für die vorige Woche konstatierte das Statistische Amt in Magdeburg eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten um 2,38 Proz.; bei Fischen ergibt sich sogar eine Steigerung von 22,5 Proz. Das Leipziger Statistische Amt hat in Gegenüberstellung der Teuerungszahl 1 (Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) vom 28. März zum 14. März die gewaltige Preisfrenkung von 0,11 Proz. herausgefunden. Dafür ist aber am 1. April bei der Miete eine Steigerung von rund 350 Proz. eingetreten, ohne die empfindlichen Nachzahlungen jetzt bei der ersten Abrechnung der Konten nach dem Reichsmietengesetz. Das Gas ist seit dem 18. März nochmals um 10,45 Proz. verteuert worden, die Krankenkassenbeiträge jetzt gar um 300 Proz. usw. So schlimm wie der Übergang zum April ist in Leipzig seit der Vorkriegszeit für die Arbeiter und Angestellten noch kein Zeitpunkt gewesen, weil auch noch sonstige behördliche Gebührenerhöhungen in Kraft treten. Dabei denken wir noch gar nicht an die kommende hohe Steigerung der Wohnungsabgabe, bei deren Beratung im Reichstage ein Regierungsvertreter erklärte, selbstverständlich könnten solche Abgaben nicht auf Kosten des Reallohnes der Arbeiter gehen, die Regierung werde das bei Lohnverhandlungen zum Ausdruck bringen. Das Gegenteil davon wird aber von ihr und den anderen Behörden praktiziert! Es sei auch an die neue, kräftige Lohnerhöhung an die Agrarier für Getreide erinnert, die trotz der Verbilligungsaktion der Reichsregierung doch wieder von den Massen getragen werden muß.

Die oben bekanntgegebene Reichsindexziffer für den Monat März strahlt ebenfalls die Prinzipalstreben in der Tarifkommissionen. Es ist nämlich eine weitere Verteuerung des Lebensunterhaltes eingetreten, und zwar ohne die Bekleidungskosten um 9,1 Proz., mit denselben um 8 Proz.; die Ernährungs-kosten allein gingen gegenüber dem Februar um 4,1 Proz. in die Höhe.

Aber die Arbeiter haben ja eine bedeutende Ermäßigung bei den Steuern erhalten, so heißt es zu allem noch in den von der „Zeitschrift“ angeführten Prinzipalstreben. Auch diese Unverfrorenheit noch, wo doch feststeht, daß der Bürgerblock im Reichstag vor Ofnern mit dem Geldentwertungs-gesetz für die bestehenden Klassen und das Wucher-gesetz im weiteren einen tiefen Beitrag an der Allgemeinheit verliert hat.

„Großzügig“ wate bei den letztmaligen Lohnverhandlungen nach dem Willen der Prinzipale einmal obwalten. Ein ganz robuster Vorstoß zum Lohnabbau ist daraus geworden, unternommen mit ebenso unaufrichtigen wie unfauberen Argumenten und mit dem Endresultat saftiger Blamagenbereicherung.

### Preisauslauf, Preiskorrekturen, Aufsteigen aus zurückgebliebener Preislage

Vom Großhandel und vornehmlich von der Industrie wird in dem angezogenen Artikel des „Berliner Tageblatts“ gesagt, „daß der Preisabbau in diesen hinteren Linien heute noch so gut wie gar nicht begonnen hat.“ Auch die Behörden sind hier hinzuzurechnen, sie wollen erst noch den Preisauslauf durchmachen und dann, ja dann vielleicht... Das, vom Reichswirtschaftsministerium angefangen, den Beamten und der Arbeiterschaft gegenüber bei den Gehältern und den Löhnen anders verfahren wird, zeigt, daß heutzutage die Moral mit doppeltem Boden überall zu Hause ist. Da werden dann schnell neue Schlagworte geprägt, um einen Grund zum weiteren Schröpfen zu haben.

Bei den Zeitungsverlegern zeigt sich das für unsre Verhältnisse mehr als bei den Lohndruckern. Gewiß ist es den ersteren härter an die Nieren gegangen, als die Lieferanten sich überschlagen im „Serauf-sprechen“ der Preise. Von gut unterrichteter Seite ist uns jedoch gesagt worden, daß die Zeitungen mit den hohen Bezugs- und Anzeigenpreisen zu einer Stabilisierung gekommen wären. Der Abonnentenabfall habe aufgehört und die Anzeigen mehrten sich wieder nach Zahl und Raum. Von einer neueren Erhöhung der Zeitungspapierpreise hat man noch nichts vernommen, obwohl in voriger Woche die üblichen Verhandlungen stattgefunden haben. Von weiteren Bezugspreiserhöhungen hört man um so mehr. Es geht da ganz unterschiedlich nach Rang und Richtung her. In der sozialdemokratischen Presse zeigt sich Zwiespältigkeit; es gibt auch Blätter, die ausdrücklich von einer Bezugspreiserhöhung Abstand nahmen, z. B. die schon bedeutende „Leipziger Volkszeitung“. Der Verein Bayerischer Zeitungsverleger hat noch einmal fest zugegriffen, indem er 50 Proz. mehr forderte. In einem Aufrufe kommt zur „Begründung“ auch die Stelle zum Vorschein: „Die Höhe der Löhne und Gehälter, die im Februar eine Steigerung erfuhr und im März nicht gleich bleiben konnte, kann so lange nicht abgebaut werden, als die Lebensmittelpreise nicht eine beträchtliche Senkung erfahren. Das ist aber, wenigstens bei uns in Bayern, bisher noch nicht der Fall gewesen. Im Gegenteil.“ Die Versicherung des Gegenteils einer beträchtlichen Senkung bedeutet doch wohl erhebliche Steigerung; das ist deshalb im Aufzue auch fest gedruckt worden. Da bei den Lohnabbauverhandlungen ein bayerischer Prinzipal sich ebenfalls abquälte, aus schwarz weiß zu machen, so haben wir von dem großen Fiskus der bayerischen Zeitungsverleger wenigstens einen Materialgewinn wegen die Tarifkommissionen.

Der deutsche Buchhandel, von dem seit Wochen wieder die heftigsten Angriffe auf die Lohnpolitik der Buchdruckereibesitzer ergehen, hat es trotz Verbilligung des Wertdruckpapiers und ausgebliebener Druckpreiserhöhung fertig gebracht, am 4. April seine Schlüsselzahl von 2000 auf 2500 zu erhöhen. Das sind dieselben Leute, die auch über das „Schlemmerleben“ der Buchdruckergehilfen demagogische Entrüstungsansätze bekamen. Ach ja, wo man um den Profit streitet, da sinkt es auch.

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ warnt in ihrer Nummer vom 28. März zum Schluß, „etwa aus freien Stücken einen Nachlaß auf den seit 4. März d. J. gültigen Preisausschlag von 25 Proz. zu bewilligen“. Das klingt sehr verdächtig. Die 25 Proz. sind von Buchhandel wohl überhaupt nicht zu haben gewesen. „Macht der Schleuderei Tür und Tor öffnen“, ist eine zu spät kommende Warnung: es wird bei den hohen Druckpreisen bereits viel zuviel geschleudert, und mit 25 Proz. ist es da meistens nicht abgetan. „Zur Behebung der Auftragserteilung und zur Minderung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit wäre der Lohnabbau unbedingt wünschenswert gewesen“, schreibt die „Zeitschrift“ weiter. Warum läßt man solche edle Regungen nicht dem Preisabbau gelten? Warum glaubt man gleich dem Schutzheiligen Becker nur durch Lohnabbau zum Preisabbau gelangen zu können, wo doch der Lohn auch beim Buchdruck im Rahmen des Gesamtpreises heute nur einen bescheidenen Teil ausmacht? Wenn im chemisch-graphischen Gewerbe die Preiskonvention bei den Februarpreisen stehen geblieben ist, obwohl im März noch eine 25prozentige Lohnerhöhung eintrat, sollte so etwas im Buchdruckgewerbe so ganz unmöglich sein? Da unsre Prinzipale an dem Lohnabbau ein überstärktes Interesse nehmen, müssen wir im Interesse unserer Arbeitslosen alle Möglichkeiten der Preisfrenkung in Betracht ziehen. Das Maß von Rücksicht oder Rücksichtslosigkeit dabei wird von dem Verhalten der Gegenseite bestimmt.

### Der neue Faktorentarif

Ist die Ablösung der viel umstrittenen Vertragsgemeinschaft mit dem DVB. Der nachfolgende Artikel läßt erkennen, wie hier ebenfalls eine „Schicksalsgemeinschaft“ entschleiert worden ist. Das Faktorenorgan bezeichnet diesen Organisationsakt als „den eindeutigen Ausdruck der in den letzten Jahren auf der ganzen Linie eingetretenen Verschärfung aller wirtschaftlichen und sozialen Grundsätze“. Was die „Graphische Welt“ über das Zustandekommen des neuen Tarifs ausführt, rechtfertigt diese Charakterisierung. Die Prinzipalität ging auf der ganzen Linie mit Verschlechterungsanträgen vor. Wertwürdig, sehr merkwürdig mutet es an, die Prinzipalvertretung sofort bei Beginn der Verhandlungen auf die regionale Regelung der Gehälter der Faktoren losstürmen zu sehen. Sie bezeichnete zwar den Abschluß eines Reichsgehaltstarifs von theoretischem Standpunkte aus als das ideale Ziel, das unter normalen Verhältnissen unbedingt wieder zu erstreben sei; unter dem Druck der zur Zeit herrschenden Wirtschaftsverhältnisse und angesichts der Verschleidenartigkeit der Lebensbedingungen in den einzelnen Bezirken sei jetzt aber eine solche Änderung absolut erforderlich. In der „Zeitschrift“ werden bei einer Besprechung des Faktorentarifs namentlich die schwierigen Verhältnisse in den besetzten Gebieten als einer reichstarklichen Regelung entgegenstehend bezeichnet. In der Hauptvorstandssitzung des DVB. am 13. und 14. März, auf die noch zurückzukommen sein wird, hat aber der Antrag unsres Gauvorstandes von Rheinland-Westfalen, während der Dauer der Ruhraktion die besetzten Gebiete von den zentralen Lohnverhandlungen zu entbinden, allgemeine Überraschung und Ablehnung gefunden! Die Karussellfahrt des DVB. wirkt nachgerade protest. Die Faktoren mögen gewart sein. Ihre bezirksweise Gehaltsregulierung wird zu einem gegenseitigen Auspielen und dann zu einem größeren Lohnabbau auf der ganzen Linie ausgedeutet werden.

### Die Rückwirkung der Prinzipalstreiberien auf die Gehilfenschaft

Ist nach den bei uns eingehenden Versammlungsberichten außerordentlich heftig. Von Übertreibungen sehen wir ab, und persönlichen Anrempelungen der Gehilfenvertretung geben wir weder in Berichts- noch in Artikelform Raum. Es besteht kein Zweifel, die Prinzipalvertretung hat den Bogen überspannt und der Pfeil wird auf sie zurückschneilen. Die letzten mit den Teuerungszulagen als die ersten beim Lohnabbau zu sehen bei einem solchen Rückstände zum Existenzminimum, das wirkt einfach aufreizend. Selbst in Prinzipalstreifen wird der Geniestreich vom 23. März nicht gebilligt, wie man ja auch in den Mittelbereichen ganz anders über die robuste Bürgermeisterspolitik denkt als beispielsweise in einer Hauptvorstandssitzung. Das auch in anderen Gewerben der Lohnabbauvoller schwere Krisen hervorruft, darf jedoch nicht übersehen werden, und daß unsre ausländischen Kollegen auf diesem Gebiete schon manchen harten Strauß auszuweichen hatten, sollte doch ein jeder aus dem „Korr.“ wissen. Im Januar fingen ja einige deutsche Unternehmerverbände zum ersten Male schon mit dem Abbau an. Es kam dann ganz anders. Warten wir ein kurzes ab. Nach einer Richtung wird doch durchgebrochen und die letzte kapitalistische Offensive in das Gegenteil verwandelt. Daß bei dieser Wiederumkehrung unsre Prinzipale sehr schlecht davon kommen werden, und daß ihnen inzwischen mit dem geeinigten erscheinenden Mitteln in die Suppe gespuht werden wird, des kann man in der Berliner Wilhelmstraße gewiß sein!

# Drei Osterfeier der Buchdruckbarone!

Eine Ostertrachtung von W. Flodur (Leipzig).

Prinzipal: O schöne, selige Osterzeit,  
die aller Menschen Herz erfreut!  
Faktor: Die aller, Herr Chef, wer dieses spricht,  
der kennt den Faktorentarif noch nicht —  
und Ihres Lohnabbaus!

1. April — erster Osterfeiertag — rauhes, trübes Wetter — just dazu ansetzen, statt, wie es in Goethes „Faust“ heißt, die Auferstehung des Herrn durch einen Spaziergang ins Freie zu feiern und sich an der wiedererwägenden Natur zu erfreuen, seinen eignen Gedanken nachzuhängen. Und was läge mir, als „Faktor dritter Güte“, wohl näher, als die mir zur Feiertagsgabe bescherten „drei Osterfeier“ unserer Prinzipale zu betrachten? Faktorentarif! — Lohnabbau! — Kündigungszeit! Drei wunderbar niedliche Dinger. Aber eines fauler als das andre! Alle drei völlig ungenießbar!

Bei aller objektiven Betrachtung des ersten Osterfeiers, Faktorentarifs genannt, kann ich mich der hämischen Freude, die bei seiner Veröffentlichung in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ zum Ausdruck kommt, nicht anschließen. Das einzig Erfreuliche davon ist die Kürze — nur neun Paragraphen, aber sie enthalten so viel Würze, daß sie Schaffensfreude und Arbeitslust der Faktoren völlig verfallen und sie zu Heloten herunterdrücken. Was heute von einem Faktor — ganz gleich ob A, B oder C — verlangt wird, steht in keinem Verhältnis zur Bezahlung: Berechtigung zur Ausbildung von Lehrlingen oder Meisterprüfung, tatkvolles Auftreten dem Personal gegenüber, zielbewußtes Disponieren, Beherrschung der sozialen Geseßgebungen, der Gewerbeordnung, des Buchdrucker tariffs, des Druckpreisetarifs, sicher in Kalkulation, gute Kenntnis des Betriebsratgesetzes, der Demobilisationsverordnungen, technisch vollkommen auf der Höhe und wie alle die Vorzüge eines Faktors sonst noch lauten — verleihe diese bezügliche Inserate —, aber sonst: „Mein lieber Mann, das ist doch alles keine eigentliche Arbeit; ich weiß nicht, was Sie nur noch wollen?“

Ein Sechsklassen-Tarif hat das Licht der Welt erblickt! Außer A-, B- und C-Faktoren schafft man eine Klasse für: 1. Erste Seher, erste Stereotypenre und ähnliche Vorarbeiter und sagt, das sind keine Faktoren, auch wenn sie so benannt werden; 2. Betriebsleiter, Oberfaktoren und Personen in ähnlichen höheren Stellungen; 3. Faktoren, die durch Alter, Invalidität, Unfall oder sonstige erhebliche Mängel in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, um sie nach ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit zu entlohnen. Ein dreifach hoch dem Sechsklassen-Faktoren-Klassen-Tarif!

Ihr armen „Erste Seher“ usw., euch läßt man zwar den Titel, beraubt euch aber der Mittel, auch wenn ihr Faktoren heißt. Auch ein Beitrag zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit! Und ihr alten, verbrauchten Kapitalsveteranen, habt ihr denn in der Blüte eurer Jahre, im Vollbesitz eurer Schaffenskraft, die pekuniäre Anerkennung gefunden, daß ihr euch mit der Protokollergänzung zum § 3 ohne weiteres einverstanden erklären könnt? Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Auf Wiedersehen als Aufkäufer oder Fabriknachwächter!

§ 4 sieht wohl eine angemessene Entschädigung für Nachtarbeit und Überstunden vor, aber nur für von der Geschäftsleitung angeordnete längerdauernde oder regelmäßige. Herr Prinzipal, wann beginnen und endigen diese dehnbaren Begriffe? Ist denn unsere Bezahlung eine derartig hohe, daß diese Entschädigungen teilweise schon inbegriffen sind? Bitte um Antwort, aber um eine, die auch befriedigt.

§ 5, Urlaub: Wir danken bestens für die Beschneidung desselben. Es wäre doch zum Teufelholen, wenn nicht auch hier der Faktor bahnbrechend wirken könnte. Da in der Provinz, also in Druckorten unter 25 000 Einwohnern, die Luft in den Druckereien besser und gesünder ist, braucht der Faktor nur noch vierzehn Tage Erholung und auch erst dann, wenn er vier Jahre im Betrieb ist. In der Großstadt sind uns unsere Ferien durch Einführung der neuen Karenzzeiten stark beschnitten. Warum läßt man für den Faktor die Ergänzung der Ferien durch seine Berufszugehörigkeit als Gehilfe außer Betracht? Also nochmals, wir danken herzlichst — es wäre auch mit drei Tagen genug gewesen.

§ 6, Stellennachweis: Die vorausgehende Benennung dieses einheitlichen Stellennachweises wird den beiden Parteien bringend empfohlen. Die Geschäfte desselben führt ein Beamter der Geschäftsstelle des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Berlin. Die Geschäftsordnung wird durch die vertrauensliebenden Parteien vereinbart und bildet einen Bestandteil des Tarifvertrags. Schön, wenn die Auswirkung eine Ionale ist. Aber, Faktoren, Augen auf, damit ihr nicht noch mehr rasiert werdet! Denkt an die Zeiten, die sich unter einer solchen Verwaltung in den Jahren 1891 bis 1896 in Leipzig abgespielt haben.

§ 7, Schiedsverfahren: Der Bildung eines Schiedsgerichtes zur Beilegung und Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Anstellungsverhältnis zwischen Prinzipalen und Faktoren hätte man nie und nimmer zustimmen dürfen. Man lese die sechs Abschnitte dieses Paragraphen genau durch und vergewissere sich, daß man hier Gewerbegericht und Schlichtungsausschuß, Gewerbeordnung und Demobilisationsverordnungen völlig kaltgestellt hat und sich einer juristischen „Wolfserei“ mit Haut und Haaren verschrieb. Saht der Absatz 4 dieses generalvollmächtig-verdickerten § 7: „Die Mitglieder der vertrauensliebenden Kommissionen dürfen in Streitfällen, für welche diese Schiedsgerichte zuständig sind, keine andern Gerichte anrufen.“ Zweifelloß für die Prinzipale sehr akzentuiert, für uns Fak-

toren aber eine Knebelung sonderalichen. Die Zukunft wird es lehren!

§ 8, Verbindlichkeitserklärung: Dieser Reichstafelvertrag soll betreffs Verbindlichkeitserklärung für sämtliche Buchdruckereien der Reichsarbeitsverwaltung eingereicht werden. Ist das etwa eine Errungenschaft? Schlechter kann ein persönlich abgeschlossener Anstellungsvertrag sicherlich nicht ausfallen als dieses Produkt einseitiger Interessenerwahrung. Und wenn schon, dann hat es eben der sich so schände Verlaufsende nicht anders verdient.

§ 9: Die Dauer des Tarifvertrages ist nur eine siebenmonatige und doch viel zu lang für dieses unfähige Abkommen. Faktoren, lernt daraus! Sorgt im Oktober dafür, daß zur nächsten Tarifberatung jener stereotype Satz: Abgelehnt wurde der Antrag des Faktorenbundes; ebenso wurde abgelehnt; auch hier wurde abgelehnt usw., durch alle eure Anträge sich in das Gegenteil verandelt.

Und nun zum zweiten Osterfeier, Lohnabbau geheßen. Stieg der Lohn der Gehilfen von 170 500 M. im Februar auf 313 500 M. im März, so das Gehalt der C-Faktoren von 212 070 M. (einschl. der einmalkigen horrenden Teuerungszulage von 6900 M.) auf 350 470 M. im März. Für erstere also eine Steigerung des Lohnes von 83,87 Proz., für letztere 63,76 Proz. Gehaltserhöhung. Faktor, was willst du noch mehr? Aber selbst, wenn man von prozentualen Erhöhungen absieht, so haben die Gehilfen für Monat März eine Zulage von 143 000 M. erhalten, die C-Faktoren aber eine solche von 138 400 M., also 4600 M. weniger. Eine besondere Wertschätzung der Faktoren durch die Prinzipale. Aber: „Herr Faktor, von einer solchen Lappalie spricht man doch nicht!“ In demselben Verhältnis stehen auch die Gehälter der A- und B-Klasse. Bitte nachrechnen!

Da die Leipziger Prinzipale aber noch großzügiger, sozialdenkender und menschlichhandelnder veranlagt sind, so haben sie in ihrem letzten Rundschreiben dieses zweite Osterfeier noch „verbößert“ und verkündet: „Stolz wie ein Spanier“: „Die den Faktoren bisher gezahlte Ausgleichszulage von 10 Proz. kann in Zukunft von uns nicht mehr gezahlt werden und kommt schon für Monat März in Fortfall. Durch diese Zulage würden die Buchdruckerfaktoren über die Buchbinderwerkmeister zu stehen kommen, und das ist nicht angängig.“ Das also ist des Pudels Kern! Herr Prinzipal, wissen Sie auch, wie hoch wir die Buchbinderwerkmeister überragen würden? Etwa ganze 100 M. monatlich! Wissen Sie aber auch, daß die Buchdruckerfaktoren bisher etwa 50 000 M monatlich den Buchbinderwerkmeistern nachgestanden haben? Und diese lapptigen 100 M. führen Sie zur Begründung Ihres Vorgehens ins Feld! Das ist sehr droist und gottesfürchtig. Der Menschheit ganzer Sammer faßt mich an ob Ihres sozialen Empfindens.

Das dritte Osterfeier, juristisch angebrüht und dennoch zum Genusse dargereicht, veröffentlicht die „Zeitschrift“ gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Faktorentarifs; es betrifft die Kündigungszeit der Faktoren. Trotzdem sich § 1 des Tarifs betreffend Anstellung der Faktoren auf die Gewerbeordnung bezieht, empfiehlt die „Zeitschrift“: „Den auf der Gewerbeordnung ruhenden Anstellungsvertrag mit seiner sechs Wochen vor Quartalschluß auszusprechenden Kündigungsfrist aufzuheben und mit den Faktoren einen andern, auf die Handelsgesetzordnung sich stützenden Vertrag zu vereinbaren, der eine monatliche Kündigungsdauer vorsieht.“ Wer da net aufschauzt voller Freud und Lust, der hat kein Herz net drinnen in der Brust! Faktoren, Kollegen, höher geht's nimmer! Weist dieses Anerbieten mit Entzückung zurück und seid Manns genug, gegen dieses Anfinnen andre Instanzen entscheiden zu lassen als ehemalige Oberbürgermeister. Zeigt, daß ihr hier wie ein Mann zusammenhaltet und ihr werdet auf eure Rechnung kommen.

Zum Schluß noch ein Wort an unsere Buchdruckbarone. Die hier aufgezeigten drei Osterfeier sollen Ihre Faktoren genicken. An den Vertrauensleuten Ihres Betriebes wollen Sie jene Experimente probieren, die doch nur zum Nachteil Ihres Betriebes ausschlagen können. Mühten Sie einen solch provozierenden Tarif in Szene setzen? Dürfen Sie unser Anstellungsverhältnis, so wie es Ihnen gerade beliebt, umstellen? Können Sie die Ihren Faktoren — nach Ihrer Auffassung — so hohen Gehälter nicht mehr zahlen? Wollen Sie die Unzufriedenheit, die Sie systematisch in der Gehilfenschaft genährt haben, in noch stärkerem Maße auf die Faktoren übertragen? Wenn ja, dann werden Sie uns zu gegebener Zeit auf dem Plane finden, dann werden wir Ihnen eben einmal vorrechnen müssen, wovon Ihre Schornsteine rauchen, dann werden wir Ihnen einmal Ihren ganzen Proffit, der eben nach Ihrer Ansicht eine gerechte Entlohnung nicht mehr zuläßt, ziffernmäßig darstellen! Die Verantwortung aber fällt auf das Geos der Prinzipale zurück, die den Grundsatz von Treu und Glauben und Leben und Leben lassen dem einer oberbürgermeisterlich-diktatorischen Beeinflussung mit Füßen treten.

Eines aber möge uns Faktoren ein, wenn auch nur ein schwacher Trost sein, nicht alle Prinzipale machen diesen Eierkatz mit, und wir Faktoren hoffen auf deren Unterstützung in unsern gerechten Abwehrbestrebungen.

## Die Stiefkinder des Kreises III

Einen andern Namen als den in der Überschrift gebrauchten, können wir vom Kreise III uns wohl nicht geben. Kann doch außer der tariflichen Zulage bei dem Lohnabkommen der Tarifkommission vom 4. März, gewonnen durch die unwiderstehliche Macht der Verhältnisse für die besetzten Gebiete, auch eine Sonderzulage aufstunde, die „für den Kreis II

und die angrenzenden Gebiete, die von den Reichs- oder Staatsbehörden wie das besetzte Gebiet behandelt werden" (wie es in der amtlichen Bekanntmachung wörtlich heißt), gelten soll.

Wir Kollegen von Bingen am Rhein (Bezirk Mainz) glaubten nun, weil wir noch deutsch sind und auch den angeführten Nebensatz deutsch auslegen, daß uns nun endlich die Sonderzulage für das besetzte Gebiet werden müsse. Ganz abgesehen davon, daß Bingen nur einen Steinwurf vom Kreise II entfernt und nur durch die Nahe getrennt ist, hielten wir es für selbstverständlich, daß die Kreise III und IV als „angrenzend“, soweit sie besetzt sind, zu verstehen seien. Weit gefehlt! Nachdem die sogenannte Besatzungszulage unter Vorbehalt bezahlt wurde, wandte sich die Prinzipalität an ihren Kreisvertreter nach Frankfurt a. M., und dieser schrieb bedeutsam: „So wäre das nicht gemeint, die Sonderzulage braucht nicht bezahlt zu werden — —!“

Nun liegt es an uns, zu untersuchen, ob wir vielleicht gar keine Besatzung haben, wenn wir auch linksrheinisch und im Festungsbereich Mainz liegen. Schließlich sind die einquartierten Soldaten in den blauen, braunen usw. Uniformen mit französischem Dialekt — deutsch?! Aus der Art und Weise, wie der Staat seine Beamten behandelt, sowie den tagtäglich sich mehrenden neuen „Ordonnancen“, müssen wir aber entnehmen, daß wir uns zum besetzten Gebiet rechnen müssen; von den andern Un- und Annehmlichkeiten ganz zu schweigen, die über uns täglich ergehen. Wir müssen uns wirklich ernstlich fragen, ob bei der Schaffung der Zulage und der Abfassung der Bekanntmachung bei den Betroffenen gar keine Bedenken gekommen sind. Sind unsere Gehilfenvertreter so schlecht über die hiesigen Verhältnisse informiert? Wenn wir vorher schon jede Entschuldigung für dieselben gelten lassen, so können wir es diesmal absolut nicht, wenn es wahr ist, daß trotz des Wortlauts der amtlichen Bekanntmachung die Sonderzulage nur für den Kreis II gilt.

Laut Schiedspruch sind also die Forderungen der Gehilfenvertreter von 75 Proz. auf die Februarlöhne auf 25 Proz. reduziert worden. Außerdem ist für die besetzten Gebiete der Kreise II, III und IV eine Sonderzulage in Höhe von 30 Proz. des jeweiligen Tariflohnes, gleich etwa 22 500 M. in der Spitze, gefordert worden, die auf ganze 9000 M. beschnitten wurden, d. h. nach der Mitteilung des Herrn Kreisvertreters in Frankfurt nur für den Kreis II — für uns nichts!

Fast in der gleichen unverständlichen Weise wurden im Kreise III die Ortszuschläge behandelt; gerade Bingen, an der Schieber- und Mühlerstraße des Rheins gelegen, dürfte einzig und allein so ungünstig abgeschnitten haben. Seit April 1920 von Reichs wegen in die Serviceklasse A versetzt, bezogen wir bis 1. März 1923 einen Lokalzuschlag von sage und schreibe 12½ Proz., wo uns doch in den ersten 20 Proz. gebühren. Die beiden hiesigen hüttenartigen Zeitungen brachten wiederholt amtliche Berichte des Hessischen Landesamtes, worin nachgewiesen wurde, daß Bingen zu den teuersten Städten des besetzten Gebietes zu zählen sei. (Wenn wir nicht irren, stand Bingen sogar an dritter Stelle!) Beispielsweise zahlte man hier im Monat Februar bis Mitte März für ein Pfund Fleisch 3200 bis 3600 M., gegen 2200 bis 2800 M. in Mainz, Wiesbaden oder Kreuznach, das auch zum Kreise II zählt. Um ganze 2½ Proz. erhöht sich der Binger Ortszuschlag, also auf 15 Proz., wo wir hier am Platze doch dieselben teuren Verhältnisse haben wie alle übrigen Großstädte im besetzten Gebiet.

Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß Bingen im ländlichen Reichsbild der Provinz liegt! Es ist nachgewiesen und schon öfters durch Kollegen festgestellt worden, daß Landesprodukte auf dem Markte billiger zu haben waren, als wenn man sie persönlich bei den Bauern abholt. Nur Arger, Zeitverlust und noch dünnere Sohlen sind die Folgen solcher Hamsterjäger (fahren kann man ja nicht mehr bei uns), und die Bauern lachen einem in's Gesicht, weil wir ihnen die Klinten vublen!

Wir glauben es der Leitung des Kreises III des DBK., wenn sie schreibt, daß sie gekämpft hätte bis zum äußersten, und wir müssen diese Worte auch anerkennen, wenn es auch der Schaden der Gehilfenschaft ist. Von einer aktiven Persönlichkeit derselben Leitung wurde uns ja einmal in's Gesicht gesagt, „daß wir den Schmachtriemen halt enger schnallen müßten“.

Bezeichnend für unsere traurige Lage ist es auch, wenn wir wegen der schlechten finanziellen Lage unsere diesjährige Generalversammlung in der Wohnung eines Kollegen abhalten mußten. Jeder Versammlungsbesucher brachte in einem Stück Makulatur ein Brikkett bzw. zwei Scheite Holz zum Heizen des Zimmers mit. Dreizehn Unglücksraben saßen am Versammlungstisch — ein schwarzer Tag für den Binger Ortsverein, wie ein Kollege treffend bemerkte.

Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß sich die Binger Kollegenschaft des Eindrucks nicht erwehren kann, daß man für die Großstädte immer etwas Annehmliches herausschlägt auf Kosten der Provinz. Wir haben lange geschwiegen und gebuhlet in Erwartung besserer Gerechtigkeit, so hoffen wir nun, daß diese Darlegungen uns für die Zukunft dieselbe in etwas bringen wird. Ja, jene Verhandlungen standen unter einem ungünstigen Stern, darin sind wir uns alle einig, dies ist aber nicht die vielgepriesene — Einheitsfront!

Ortsverein Bingen a. Rh.

## Splitterrichter!

In Nr. 26 des „Korr.“ verbreitet sich der Kollege O. F. über den „Ecksturz eines Betriebsleiters“, den er aus dem Nachruf in der „Graphischen Welt“ erfuhr. Dort wird nichts über den Grund des

Lebensüberdrußes gesagt, weil die Leitung des Faktorenbundes darum wußte und nicht private Verhältnisse des Dahingegangenen an die Öffentlichkeit zerren wollte. Kollege O. F. aber weiß alles besser und gibt seine Weisheit zum besten, indem er dem Toten einen Krübel köhlnisch Wasser nachgibt.

Als Stiefsohn des in jeder Beziehung geraden und aufrechten, ehrenhaften und bis zur Selbstaufopferung gerechten Mannes, dem ich vieles buchdruckerliche Wissen verdanke, weise ich die Anwürfe des Kollegen O. F., der sich dem Lebenden nicht gewachsen fühlte, zurück mit der Erklärung, daß nicht geschäftliche, sondern private Umstände, die über ihn hereinbrachen und die ihn auch seine Stellung zum Bedauern der Geschäftsleitung aufgeben ließen, diesen Ehrenmann in den Tod trieben. Zu den Erläuterungen, die die Haltung des Herrn Heinrich Schoop in dem Seydel'schen Konflikt betreffen, verbreite ich mich nicht im Interesse des Kollegen O. F., der am allerwenigsten Grund hat, diese Angelegenheit jetzt erneut aufzurollen. Der Niedergang der Firma und die dadurch bedingte Arbeitslosigkeit vieler Kollegen ist wesentlich sein Werk, nicht das des Toten!

Artur Grams.

## Korrespondenzen

Bentheim. Am Karfreitag hielt die „Typographia“ der Grafschaft Bentheim ihre erste diesjährige Mitgliederversammlung in Bentheim ab. U. a. wurde das Verhalten der Nordborner Prinzipale in der Ortszuschlagsache zur Sprache gebracht. Von den drei Druckereien haben zwei Druckereien glücklich am 29. März den Ortszuschlag ausbezahlt, die Buchdruckerei Gebr. Linde steht noch immer auf einem abtenden Standpunkt. „Begründet“ wurde diese Weigerung durch die Nichtbelegung der beiden Orte Schüttorf und Neuenhaus mit einem Ortszuschlag.

Berlin. (Generalversammlung am 27. März.) Kollege Braun berichtete in zusammenfassender Weise über die Lohnverhandlungen am 23. März. Schneller, wie anzunehmen war, sind die Prinzipale mit dem Abbau der Löhne gekommen, trotzdem der Friedenslohn noch lange nicht erreicht ist. Es ist den Prinzipalen unabweislich mitgeteilt worden, daß ihre unsoziale Einstellung wider Treu und Glauben sei und um so eigentümlicher berühre, als gerade die Buchdrucker in schwerster Zeit mit ihren Löhnen den andern Organisationen nachgehinkt seien. Daß unsere Prinzipale in der früheren Zeit der Verleser'schen Ära ob ihrer sozialen Gesinnung sich etwas zugute rechneten und jetzt als eine der ersten beim Abbau der Löhne auf dem Plan erscheinen, sei ein besonders zum Nachdenken anregendes Kapitel. Die Versammlung hielt denn auch mit ihrer Entrüstung nicht zurück und war der Meinung, daß der vom Zentralratschlichtungsamt gefällte Schiedspruch bezüglich der Abweisung des Abbaues der Löhne für die Prinzipale wohl keinerlei Enttäuschung gebracht haben werde, wohl aber sei die Gehilfenschaft sich einig in ihrer Enttäuschung über die Ablehnung ihrer berechtigten Forderungen. Der in der letzten Generalversammlung nicht zur Erledigung gebrachte Ausschlußantrag führte eine längere Debatte herbei mit dem Ergebnis, daß der Ausschluß unter bestimmten Bedingungen nicht erfolgen soll, die zu erfüllen der in Frage kommende Kollege auch versprach. Über einen Protest gegen die weitere Erhöhung des Verbandsbeitrages sowie die Taktik des Verbandsvorstandes ging die Versammlung nach aufklärenden Bemerkungen des Kollegen H. Br. zur Tagesordnung über, ebenso über einen Protest des Kollegen K. K. gegen die Handhabung der Ruhrspende. Ausführungen des Kollegen Engelmeier über die drohende Gefahr des Faschismus nahm die Versammlung ohne Diskussion zur Kenntnis.

Breslau. Nach Aufnahme von fünf Kollegen in unsere Reihen widmete in der ordentlichen Generalversammlung am 18. März der Vorsitzende ehrenvolle Worte des Gedankens unserm früheren Bezirks-, späteren Gaukassierer Schubert, der es, wie selten einer, verstand, sich die Sympathien aller zu erwerben, dem wir aber auch ob seiner rastlosen Arbeit für die Organisation zu größtem Dank verpflichtet sind. In Erledigung der Tagesordnung machte der Vorsitzende an Hand des gedruckten Jahresberichtes längere Ausführungen über die Tätigkeit des Ortsvereins im fünfzigsten Jahre seines Bestehens. Von einer Festschrift mußte der Verhältnisse wegen Abstand genommen werden, auch das Johannisfest fällt aus und nur der Gründungstag wird in einer würdigen Feier am Sonntag, dem 27. Mai, begangen werden. Einige Statutenänderungen, so besonders eine Umformung des Vorstandes, werden statutengemäß zur Abstimmung gebracht werden. Die Ordnungsstrafe beim Nichtbesuch der ordentlichen Generalversammlung wurde in der Höhe des jeweiligen Ortsbeitrages festgesetzt. Für Neuanstellungen von Mitgliedern in der Bibliothek wird vom 1. April ab eine Besoldung von 100 M. pro Vierteljahr erhoben werden; Invaliden sind davon befreit, Kranken- und arbeitslose Wochen werden nicht gezahlt; Lehrlinge zahlen die Hälfte. Die Remuneration des Vorstandes wurde nach der Höhe der Verbandsbeiträge beweglich gestaltet. Das Ortsgeschenk für Durchreisende wurde in der Höhe des Ortsvereinsbeitrages (zur Zeit 450 M.) festgesetzt. Für die Arbeitslosen und Invaliden wurde die Erhebung eines Extrabeitrages von 1600 M. von jedem Kollaborateur beschlossen. Ferner wurde der Ruhrhilfe zugestimmt und ein Extrabeitrag zur Schuldentilgung des Gewerkschaftshauses beschlossen. — Einen überaus großen Teil unser Mittelglieder hatte es auf den Plan gerufen, als es galt, unserm früheren Bezirkskassierer, Kollegen Schubert, das letzte Geleit zu geben. Auf demselben Friedhof, wo wir vor wenigen Jahren unserm früheren

Ortsvorsitzenden, Kollegen Gürtel, den Scheidegriß zuriefen, ruht nun, nur wenige Reihen von diesem entfernt, die sterbliche Hülle eines Kollegen, dessen ganzes Schaffen, ob früh ob spät, der Kollegenchaft galt. Ihrem Dank gab die Kollegenchaft in zahlreichen Kranzspenden Ausdruck, während Gauvorsitzer Fiedler und der Ortsvorsitzende Sporn ihm die letzten Grüße in die Gruft zuriefen und der Verein „Gulenberg“, dessen Subilar der Verstorbene war, ihm die letzten jangesbrüderlichen Grüße entbot. Er ruhe in Frieden!

**Gera.** In unserer Monatsversammlung am 27. März trat die Besprechung unserer wirtschaftlichen Lage in den Vordergrund. Nachdem die internen Angelegenheiten erledigt waren, gab der Vorsitzende unter lebhafter Entrüstung der Versammlung den Schiedspruch des Zentralschlichtungsamtes bekannt. Sämtliche Redner betonten, daß die Herren Prinzipale den Ruhm erworben haben, im Lohnabbau die Pioniere zu sein, bei Lohnerhöhungen aber waren sie die letzten. Die Prinzipale mögen nur in diesem Fahrwasser weitersegeln! Infolge mangelnden sozialen Verständnisses brauchen sie sich dann nicht zu wundern, wenn sie dadurch die Interesslosigkeit und Arbeitsunlust großziehen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten! Nach eingehender reger Debatte wurde eine Entschliegung einstimmig angenommen, daß die Mitgliedschaft den Antrag der Prinzipale auf Lohnabbau und den Schiedspruch scharf verurteilt. Da die heutige Entlohnung noch weit hinter der Entlohnung der Vorkriegszeit zurücksteht, werden sofort neue Verhandlungen gefordert. Im Anschluß wurde scharf gerügt, daß der Verbandsvorstand den Beitrag ohne weiteres erhöht hat. Die Höhe eines Stundenlohnes bei 12½ Proz. Vorkriegssatz sei bedeutend überschritten. Weiter wurde einstimmig beschlossen, daß wir an der Feier des 1. Mai und 9. November festhalten. Die erste Bezirksversammlung findet am 29. April in Gera statt.

**Mannheim.** In einer aufbesuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung am 29. März erstattete Gauvorsitzer Conrad Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Er erwähnte eingangs, daß er gegen sonstige Geflohenheit dieses Schiedspruches weder vertreten noch verteidigen könne. Die weitere Verteuerung (Miete, Gas, Wasser, Ortskrankenkasse, Verbandsbeitrag, Brotpreis) bedeute seit 4. März eine beträchtliche Schmälerung unfres Lohnneinkommens pro Woche um 6000 M., abgesehen von der ohnedies vorhandenen Differenz unserer Löhne gegenüber denen der Industrie- und Arbeiterchaft, welche für die Stunde bis zu 400 M. beträgt. Die Tarifkommission hätte seine mit reichen Unterlagen ausgestatteten Darlegungen nicht entkräften können, dieselben vielmehr als vorhanden anerkennen müssen, trotzdem dieser weltfremde Schiedspruch des Zentralschlichtungsamtes, der, beeinflusst von den Prinzipalen, alles außer acht ließ. Eine große Zahl Kollegen ergriff in der Diskussion über das Referat das Wort, die durchweg zentrale Lohnabmachungen als einen Non sens bezeichneten in der Zeit, wo die Verteuerungverhältnisse im Reich so unterschiedlich seien; lokale oder bezirksweise Lohnabmachungen hätten an deren Stelle speziell für den Westen des Reiches zu treten. Die ungeheure Notlage der hiesigen Gehilfenchaft löste scharfe Worte der Erbitterung und des Unmuts aus; um so mehr, als die hiesige Prinzipalität eine Erhöhung für Abonnements und Inserate vornahm, ebenso für Abenden, den Gehilfen aber jedwede Lohnerhöhung verweigert. Von der Fassung einer Resolution wurde Abstand genommen, aber für die nächsten Lohnverhandlungen die Zulassung eines Vertreters für Mannheim verlangt, der erneut die Berücksichtigung unserer besonderen Verhältnisse zu verlangen hätte, was die Versammlung einstimmig gutheißt, ebenso die Anregung, in den beiden Arbeiterzeitschriften das Publikum auf die Erhöhung der Abonnements- und Inseratenpreise hinzuweisen, trotzdem den Gehilfen jede Lohnerhöhung abgeprochen wurde.

**Meiningen.** Bei Festsetzung der neuen Ortszuschläge wurden wir leider nur mit 12½ Proz. Ortszuschlag bedacht; da aber Meiningen in Servicelasse B ist, ständen uns doch 17½ Proz. zu. Durch nochmaliges Vorstellwerden hatten wir nur in der Parteidrucker „Werra-Wacht“ einen Erfolg, indem dem Personal ab 1. April 1923 ein Ortszuschlag von 15 Proz. gebilligt wurde. In den übrigen vier Druckereien war leider nichts zu erreichen.

**Bezirksverein Oberschwaben.** Eine auf den 18. März einberufene Vorstandskonferenz hatte sämtliche Teilnehmer in Aulendorf vereinigt. Die besonderen Verhältnisse unfres Bezirkes machten eine Aussprache notwendig. In allen zwölf Bezirksorten werden die Tageszeitungen nach dem Wälchner'schen System in der Zentrale Friedrichshafen hergestellt. Entlassungen und Kurzarbeit an verschiedenen Plätzen sind die Folge. Daß das Publikum an dieser Uniformierung der Presse Gefallen findet, kann nicht gesagt werden. Was manchen zum Wesen der lokalen Presse bestimmte, fällt durch die Schablonisierung weg. Die Ersparnisse, die durch die Zentralisierung seinerzeit errechnet wurden, dürften bestimmt nicht eintreffen. Der Kollege Klein hatte verschiedene Orte besucht, da tarifliche Anstände vorlagen. Er gab dann einen Überblick über die tarifliche und gewerbliche Lage. Die lebhafteste Aussprache, bei der eine ganze Anzahl Dispositionsfragen mit behandelt wurden, klang aus in dem Bekenntnis regerer Mitarbeit bei allen Fragen des Organisationslebens und noch engerer Verbindung der einzelnen Orte des Bezirkes.

**Rheinh.** Infolge der ungenügenden, nünzlich verständnislosen Festsetzung der Sonderzulage für das besetzte Gebiet in Höhe von 9000 M. in der Spitze, die den gelehrten Buchdrucker nach unter die Löhne der Gemeindegewerbeten herabdrückt, wurden am 10. März in den Orten M. Gladbach, Rhodt und Wiersen den örtlichen Prinzipalsvereinigungen von allen graphischen Verbänden die Forderung einer Sonderzulage in

Höhe von 35 000 M. in der Spitze überreicht. Da eine Antwort nicht einging, trat am 13. März die gesamte graphische Arbeiterchaft in den Ausstand. Nach mehreren ergebnislosen Verhandlungen mit der Regierung, den Gemeinden und Prinzipalen, in denen von allen und nicht zuletzt von den Prinzipalen unfre Notlage anerkannt, aber mit dem üblichen „Wir wollen, aber wir können nicht“ abgetan wurde, konnte später von dem Regierungspräsidenten die Zusicherung einer Zulage in sichere Aussicht gestellt werden. Daraufhin wurde am 19. März in M. Gladbach und Wiersen die Arbeit wieder aufgenommen, während man in Rhodt weiter im Ausstand verharrte. Am 20. März wurde dann auch in Rhodt nach einer vertraulichen Aussprache mit den Betriebsräten über die beabsichtigte Regierungsaktion beschlossen, am 22. März die Arbeit wieder aufzunehmen. Doch, mit des Geschickes Mächten — am nächsten Tage zog die Regierung alle Besprechungen zurück, so daß es zu keinem Ergebnis gekommen ist. Aus taktischen Gründen mußte von einer neuen Arbeitseinstellung abgesehen werden. Jedoch, der Stein ist ins Rollen gekommen, und die Prinzipale dürften auch, vielleicht schon bald, erfahren, daß der Wille zum Leben ein sicheres Mittel zur Behebung ihres alten Leidens, der Kurzsichtigkeit, ist.

**Stuttgart.** In der Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte am 25. März, in der Kollege Klein über das Lohnabkommen und die gegenwärtige Lage referierte, herrschte eine gedrückte Stimmung. In der Entschliegung des Zentralschlichtungsamtes wurde scharfe Kritik geübt und betont, daß die unklare Haltung der Regierung in Lohnfragen hierbei nicht ohne Einfluß gewesen sei. Der Antrag auf Lohnabbau wurde als unerhört bezeichnet. Es müsse doch auch in Arbeitgebertreuen bekannt sein, daß die Angleichung der Löhne an die sich überstürzende Verteuerung immer erst nachträglich und in völlig unzulänglicher Weise stattgefunden habe, und daß dem Preisrückgang einiger weniger Artikel kein Rückgang, sondern eine Steigerung der Gesamtlebenshaltungskosten im Arbeiterhaushalt gegenüberstehe. In Anbetracht der ganzen Verhältnisse wurde die Haltung der Gehilfenvertreter gebilligt, obwohl es auch über diesen Punkt an gegenteiliger Meinungsäußerung nicht fehlte. Der Verbandsvorstand soll aber beauftragt werden, die zur Herbeiführung eines gerechteren Ausgleichs notwendigen Schritte unverzüglich einzuleiten, sofern sich die in der Erklärung der Gehilfenvertretung ausgesprochene Hoffnung in den nächsten Tagen als trügerisch erweisen sollte. Die gewerbliche Lage, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, war ebenfalls Gegenstand eingehender Besprechung. Die Maßnahmen, die seitens des Verbandsvorstandes in bezug auf Arbeitslosenfürsorge usw. eingeleitet wurden, sollen nachdrücklich unterstützt und ihre Erweiterung angestrebt werden. Die Vertrauensleute wurden aufgefordert, ihre Aufmerksamkeit der Neueinstellung von Lehrlingen zu widmen und insbesondere die Eltern der Lehrlinge auf die ungünstige Lage der Gehilfenchaft hinzuweisen. In Zeiten, in denen die Umschulung einer erheblichen Zahl von Arbeitskräften des Buchdruckergewerbes ins Auge gefaßt werden müsse, könne aber auch von den Arbeitgebern erwartet werden, daß sie von der Lehrlingseinstellung möglichst Abstand nehmen.

**Welfert (Hth.).** Die Versammlung am 26. März befaßte sich eingehend mit dem neuen „Lohnabkommen“. Die Kollegen mußten erkennen, daß die Verständislosigkeit auf der Gegenseite immer weiter um sich greife. Kein Wunder, daß sich auch hier größte Erbitterung zeigt gegenüber einer solchen Lohnpolitik, um so mehr, da hier die Metallindustrie vorherrscht und bedeutend höhere Löhne zahlt. In einer einstimmig angenommenen Entschliegung kommt zum Ausdruck, daß die Buchdrucker völliger Verarmung entgegengehen, wenn keine Änderung in der Lohnpolitik eintritt. Wenn unfre Löhne denen in andern Gewerben oder den Kosten der Lebenshaltung entsprechen würden, könnte man es verstehen, daß ein Stillstand eintritt. So aber, wo wir nicht das Notwendigste beschaffen können, wo unfre Kinder an Unterernährung leiden, müssen wir einen Verzweiflungsschrei in das Land hinausstoßen. In Rheinland-Westfalen sind die Buchdrucker noch besonders schlimm daran. Wir haben versucht, beide Seiten zu verstehen, wir machen auch den Gehilfenvertretern keinen Vorwurf, was die Prinzipale aber jetzt getan haben, ist ein Hohn auf das vielgepriesene soziale Verständnis und das treibt zur Verzweiflung, und die Folgen kommen über die rückständigen Unternehmer in unfrem Gewerbe. Des weiteren wurde das unsoziale Verhalten einiger Prinzipale am Orte scharf geäußert. Besonders einer der Herren setzt die auslernenden Lehrlinge stets sofort auf die Straße. Auch die neuerdings mit viel Tamtam gerührte Werbetrommel für die Wertelkästlingsapparate wurde näher beleuchtet. Sind doch am hiesigen Orte bei allen größeren Fabrikbetrieben derartige Apparate in „Tätigkeit“. Der Vorstand wurde beauftragt, eine Lösung dieser Frage zu versuchen zugunsten der arbeitslosen Kollegen. Ungelernte Arbeiter verstehen also buchdruckertechische Arbeiten, während die Kollegen sich als Hilfsarbeiter in der Industrie betätigen. Welch eine Wendung!

### Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

Schriftgießer Otto Bolte, geb. in Hannover, 6. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Bessere Kondition: Langenscheidtsche Buchdruckerei in Berlin-Schöneberg.

Ecker Max Kugler, geb. in Glogau, 7. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Bessere Kondition: Robert Rohde in Berlin W 35, Rikowstraße 87.

Seher Wilhelm Frömke, geb. in Minden i. W., 7. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: P. Stankewics' Buchdruckerei in Berlin SW 11, Bernburger Straße 14.

Seher Emil Schneider, Berlin, 7. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: „Berliner Tageblatt“.

Faktor Hermann Sühling, Hamburg, 7. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: Genasch & Heysse.

Gießer Adolf Schlegel, Hamburg, 7. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: Genasch & Heysse.

Gießer Casar Firze, Hamburg, 7. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: Genasch & Heysse.

Seher Karl Tschner, Hamburg, 8. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: „Hamburger Fremdenblatt“.

Seher Christoph Barner, Hamburg, 8. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: „Hamburger Fremdenblatt“.

Ernst Jung in Kassel, 8. April: 50jähriges Berufsjubiläum.

Seher Ernst Schmidt, Halle a. d. S., 5. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: Gans & Fuß in Halle a. d. S.

Drucker Wilhelm Ehlerz, Berlin: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: Gebirder Grunert in Berlin.

Seher Karl Knyrim, geb. in Bad Schwalbach, 4. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: Paulinusdruckerei in Trier.

Seher Moritz Gimpel und Otto Kröber, geb. in Altenburg, 15. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: Pterersche Hofbuchdruckerei in Altenburg.

Seher Karl Braun, geb. in Mulda bei Frohburg, 15. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: Buchdruckerei Wonde in Altenburg.

Seher Max Kallb, geb. in Leipzig, 1. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: Leipziger Buchdruckerei A.-G. („Volkzeitung“).

Seher Hermann Wasmann, Hamburg, 1. April: 50jähriges Berufsjubiläum. Tägige Kondition: „Hamburger Anzeiger“.

## Allgemeine Rundschau

**Nachahmenswertes Beispiel.** Herr Franz Postler, Verleger des „Hainischen Anzeigers“ in Hainichen i. S., bereitet seinen fünf ältesten Arbeitern, die 30 bis 36 Jahre im Geschäft tätig sind, eine Osterfreude, indem er ihnen nachträglich als Jubiläumsgeschenk je 25 000 M. überreicht.

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer in Harburg bestand Kollege Walter Seiffert die Meisterprüfung.

**Höhere Schlüsselzahl für den Buchhandel.** Die Schlüsselzahl für den deutschen Buchhandel ist neuerdings von 2000 auf 2500 erhöht worden. Das bedeutet eine Verteuerung der Bücherpreise um 25 Proz. Angesichts dieser neuesten Offenbarung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler kann man nur dringend wünschen, daß der Reichswirtschaftsminister einmal die Voraussetzungen nachprüft, auf die sich die verhängnisvolle Preispolitik der Buchhändler stützt. Die neueste Erhöhung der Schlüsselzahl ist ein wahrer Hohn auf die Preisabbaupolitik der Reichsregierung und obendrein eine Kulturwidrigkeit, weil durch eine solche Preispolitik das Buch für breite Volksschichten immer mehr zum unerreichbaren Luxusgegenstand wird. Daran haben aber gerade wir als Buchdrucker absolut kein Interesse, weil die Arbeitslosigkeit bei uns schon eine derartige Ausdehnung angenommen hat, daß unbedingt eine Eindämmung erfolgen muß. Durch die immer höhere Sinaufreibung des „Tageschlüssels“ für den Buchhandel und dessen Multiplikation mit dem in vielen Fällen bereits um das Drei- bis Achtfache erhöhten sogenannten Friedenspreis der Bücher sind nur noch verhältnismäßig wenige in der Lage, Bücher zu kaufen. Schon vor einigen Wochen hat die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. mit Strafverfolgung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler wegen wucherischer Preistreiberei gedroht. Es darf aber in dieser Beziehung nicht bloß beim Mundspitzen bleiben, es muß geffiffen werden.

**Ein Bücherfisch.** Ein neuartiges Zahlungsmittel ist jüngst in Leipzig zur Einführung gelangt, nämlich ein internationaler Buchhändler-Bankcheck, der für den Währungsverkehr der Leipziger Kommissionäre bestimmt ist. Ein Schüler von Professor Steiner-Prag hat diesem sogenannten Ibu-Scheck eine künstlerische Form gegeben. Als Schutzzeichen dient der Aufdruck einer Eule, die auf Büchern sitzt, und über der der Satz steht: „Habent sua fata libelli“ (Bücher haben ihre Schicksale). Es handelt sich um einen ausgesprochenen Bankcheck, der nur durch die Sächsisch-Preussische Staatsbank in Leipzig im Verkehr mit Auslandspächern verwendet wird und nur den Mitgliedern des Vereins Leipziger Kommissionäre zur Verfügung steht.

**Vierzehnjähriges Bestehen des „Vorwärts“.** Das Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands konnte am 1. April auf sein vierzehnjähriges Bestehen zurückblicken. 39 Jahre hat das „Berliner Volksblatt“, das seit 1890 den Titel „Vorwärts“ führt, mit Logik und Konsequenz die Sache der aufstrebenden Arbeiterklasse verfolgt.

**Die Anebelung der Presse im besetzten Gebiet.** In ihrem Bestreben, ihnen unbenetzte deutsche und ausländische Zeitungen mundtot zu machen, beschränken sich die Franzosen und Belgier nicht mehr auf immer weitere Verbote, sondern sie verbrennen neuerdings ganz einfach die ihnen an den Zollstationen in die Hände fallenden Zeitungsblätter. Außerdem verlangten sie z. B. von der Castroner Postanstalt

auch noch die Zeitungsliste, um alle Bezüher auswärtiger Zeitungen feststellen zu können. Der Postinspektor, der die Herausgabe der Liste verweigerte, wurde verhaftet und eingesperrt.

**Die Lebenshaltungskosten im März.** Der amtlich proklamierte Preisabbau ist vor allem bezüglich der Lebenshaltungskosten ins Gegenteil umgeschlagen. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts beträgt die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) im Durchschnitt des Monats März 2854 (1913/14 = 1) gegenüber 2643 im Februar. Die Ziffer zeigt demnach eine Erhöhung um 8 Proz. Die Indexziffer ohne die Bekleidungskosten ist um 9,1 Proz. auf 2627 gestiegen. Die Ernährungskosten haben sich gegenüber dem Februar um 4,1 Proz. auf das 316fache, die Bekleidungskosten um 3,8 Proz. auf das 4323fache der Vorkriegszeit erhöht. In dem amtlichen Kommentar zu diesen Feststellungen heißt es: „Das in der zweiten Hälfte des Monats Februar einsetzende Stocken in der Aufwärtsbewegung der Preise hat sich im März fortgesetzt. Eine Reihe von Lebensmitteln haben sich nicht unwesentlich verbilligt, so vor allem ausländische Getreide, Fleisch und Fische; auch Reis, Hülsenfrüchte, Nahrungsmittel und Kartoffeln sind fast überall im Preise zurückgegangen. Andererseits sind Butter, Milch und Eier teurer geworden; besonders erhöht haben sich die Kosten für Wohnung, Heizung und Beleuchtung.“ Wenn hier von einem „Stocken“ in der Aufwärtsbewegung der Preise“ gesprochen wird, das sich im März fortgesetzt haben soll, so betunden doch gerade die im ersten Teil der amtlichen Feststellungen angeführten Zahlen das Gegenteil von einer Preisstokung. Jedenfalls verschlechtert sich durch die noch immer anhaltende starke Teuerung des gesamten Lebensunterhalts die Lage der arbeitenden Klasse fortgesetzt, und zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verschärfen den auf die Dauer unerträglichen Druck noch in so bedrohlichem Maße, daß ein Ausbruch bald erfolgen muß, entweder durch einen von der Reichsregierung ernsthaft zu betreibenden und für die Verbraucherschichten auch wirklich spürbaren Preisabbau oder aber durch entsprechende Lohnerhöhungen. Von einem Lohnabbau unter den gegenwärtigen Umständen zu reden, ist sicherlich mehr als Baumfrevell.

**Preise und Löhne.** Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich wenige Tage vor Ostern mit der allgemeinen Preis- und Lohngestaltung beschäftigt. Dabei wurde festgestellt, daß besonders im Lebensmittelgewerbe in den beiden letzten Wochen Preissteigerungen von 10 bis 20 Proz. zu verzeichnen gewesen sind. Fleisch, Hülsenfrüchte, Milch und deutsches Fett haben eine Preisheraufhebung erfahren, ohne daß eine zwingende Notwendigkeit dazu bestand. In den Gewerkschaften ist man demgegenüber der Ansicht, daß durch die Herabsetzung der Kohlenpreise eine Senkung der Preise für Industrieprodukte durchführbar sein mußte. In den für den 10. April anberaumten Besprechungen mit der Reichsregierung über die Frage der Gehälter und Löhne sollen bestimmte Forderungen gestellt werden, die auf eine Milderung der beträchtlichen Übergangsschwierigkeiten für Gehalts- und Lohnempfänger in dem jetzigen Wirtschaftsstadium abzielen.

**Bom „Preisabbau“ im Textilgewerbe.** Die unverhältnismäßig hohen Kleiderpreise, die in der Hauptlage auf die enorme Verteuerung der Wolle und Baumwolle und auf die Preispolitik der Textilfabrikanten zurückzuführen sind, haben die Bekleidungsindustrie in eine schwere Krise gestürzt. Bom Bekleidungsarbeiterverband wird der Arbeiterpresse darüber folgendes geschrieben: „Die Kleider- und Wäschefabrikanten verweigern den Arbeitern jede weitere Lohn-erhöhung, obwohl die Löhne durchweg hinter denen in gleichgelagerten Industrien und Gewerben zurückstehen. Sie begründen ihre ablehnende Haltung damit, daß der Absatz nahezu vollständig stockt. Ein allgemeiner Preisabbau für Bekleidungsstoffe sei notwendig, insofern dessen müssen nach ihrer Ansicht auch die Arbeitslöhne vorläufig mindestens stabil bleiben. Während diese Rückschlüsse den Arbeitern erteilt werden, deren Lohnanteil am Endpreis kaum 10 Proz. beträgt, werden die Stoffpreise wieder stark erhöht. Die Deutsche Tuchkonvention hat soeben erst ihre Preise um 30 bis 40 Proz. erhöht. Diese Maßnahme, die vollkommen unberechtigt ist, hat in allen übrigen Gruppen der Bekleidungsindustrie verständliche Empörung ausgelöst. In Anbetracht dessen ist wohl die Frage berechtigt, was das Reichswirtschaftsministerium, das vor kurzem eine Auswirkung der ermäßigten Preise für Einfuhrwaren auf dem inländischen Markt verlangte und auch einen Lohnabbau empfohlen hat, gegen diesen Skandal der Tuchkonvention gewaltigen unternehmen wird.“

**Kampf in der Leipziger Metallindustrie.** Zwischen dem Verband der Metallindustriellen und dem Metallarbeiterverband schwebten seit längerer Zeit Verhandlungen wegen Lohnerhöhung. Nach einem Anfang März gefällten Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der von der Arbeitererschaft in einer Kräftstimmung angenommen wurde, sollte auf die bis 11. März gezahlten Löhne ein 16prozentiger Aufschlag kommen. Danach hätte der Stundenlohn für die Zeit vom 11. bis 14. März 1450 M. betragen. Der Unternehmerverband erklärte sich zur Zahlung der Zulage bereit unter der Voraussetzung, daß vom 1. April an die neuen Lohnsätze für ganz Sachsen, die in zentralen Verhandlungen in Dresden festgesetzt wurden, Geltung haben sollten. Danach würde ein Mindeststundenlohn von 1270 M. maßgebend sein. Als Ausgleich für den Lohnabbau wollten die Unternehmer eine Abschlagszahlung in Höhe des bisherigen Lohnes abzüglich der Teuerungszulagen gewähren. Das wurde von den Arbeitern abgelehnt, die vielmehr auf einer 20prozentigen Mehrforderung auf die vom Schlichtungsausschuss festgelegten Sätze bestanden. In etwa 40 Leipziger Betrieben mit 10 000 Arbeitern (von 270 mit rund 30 000 Metallarbeitern) kam es am Dienstag nach

Stern zur Arbeitseinstellung. Ein anderer Teil der Betriebe ging zur Aussperrung über.

Aussperrung in der Leipziger Holzindustrie beendet. Auf Veranlassung des sächsischen Arbeitsministeriums fanden kurz vor Ostern Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern statt zur Beilegung des Konflikts in der Holzindustrie.

Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisationsverordnungen. Durch Gesetz vom 23. März d. J. (veröffentlicht im „Reichsgesetzblatt“ vom 29. März) ist die Geltungsdauer der Demobilisationsverordnungen bis zum 31. Oktober 1923 verlängert worden.

Literarisches

„Arbeitsnachweisgesetz.“ Gemeinverständlich erläutert von Oberregierungsrat Dr. Berger und Regierungsrat W. Donau. Verlag F. W. Dieckhoff, G. m. b. H., Berlin SW 64.

allen im Arbeitsnachweis oder in der Berufsberatung Tätigen wird dieses Buch ein wertvolles Hilfsmittel sein, das zur Anschaffung sehr empfohlen werden kann.

Briefkasten

Dr. S. in B.: Lange Resolutionen bringen wie nur ihrem Sinne nach; das ist schon so oft gesagt worden, daß es nun auch beachtet werden muß.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191 Postfachkonto: Berlin Nr. 102387 (A. Schweinitz)

Adressenveränderung

Mühlhausenburg. (Bezirksmaschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Fritz Sulzbach, Corneliestraße 6 I.

Versammlungskalender

Breslau. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 8. April, vormittags 10 Uhr, in der „Katterdecke“, Breite Straße, Ecke Katharinenstraße.

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Zeile 50 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 250 Mark.

Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag mit erster Postbestellung für die jeweilig nächsterfolgende Nummer.

Wir kaufen jederzeit guterhaltene Fachbücher, sozialpolitische, sozialistische und schübngeistige Literatur zu angemessenen Preisen. Die Antiquariatsabteilung des Verlags des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 III.

Zuverlässiger, stolter, bis 22 Jahre alter Schweizerdegen der selbständig und sicher arbeiten kann, besonders gute Erfahrung im Druck von Abzügen besitzt, in kleine gut einener. Preisveränderung gesucht. Ausführl. Angebote an Adlers Buchdruckerei, Themas i. Zht.

Typographsetzer 33 Jahre alt, 12jähr. Praxis, Meister, erste Kraft, sucht als Setzer oder Abteilungsleiter zum 16. April Stellung. Gest. Angebote, mit Nr. 29 an die Geschäftsstelle dieses Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Ortverein Halle a. d. S. Dienstag, 16. April, 7 Uhr: Mitgliederversammlung im „Volkspark“.

Am 30. März verstarb unser lieber Kollege, der Setzer F. Wodderien aus Lauenburg, im 30. Lebensjahr.

Faktor Meißner, 32 Jahre alt, vielseitige Kraft, sucht zum 16. April Stellung. Offerten unter Nr. 27 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Junger Maschinenmeister besonders guter Tiegelerbeiter, sucht Stellung. Gest. Angebote erbeten an Erich Stöck, Bitterfeld, Köhlerstraße 2.

Jeder lernt Zeichnen durch den „Lehrgang für den Selbstunterricht im typographischen Zeichnen“ von Rudolph Engelhardt. Preis 10 Pf. in Paketen von 4 Mk. X. T. 3. 200 beim Verlag Julius Müller, Leipzig.

aus Mählfhausen in Th. (Hauptbuch-Nr. 30992). Ehre seinem Andenken! Ortverein Oreslau.

Eine Kanone neuere ich mich nicht, bin aber tüchtiger Azidenzsetzer. Sämtliche Verantw.arbeiten, Beutel, Tafeln, Substanz, Zeitschriften, wirkungsvolle Inkerate (auch fremdsprachl.), Teresotypie. Beste Zeugnisse (auch als Setzer). Alter 30 Jahre. Erw. mich am liebsten nach Leipzig oder Umgebung zu verändern. P. Albrecht, Dresden A, Markgrafenstr. 32 II.

Junger Schriftsetzer sucht Stellung, eventuell im Reaktor, als Setzer oder als Hilfsarbeiter. Walter Köppen, Altesdorf bei Gr. Wittenf. e.

Junger Leipziger Drucker bewandert in besserem Akzidenz-, Werks- und Platten- und einseitigen Wilderdruck, mit Notary u. Zeitungspresse vollkommen vertraut, sucht passende Stellung. Gest. Angebote unter Nr. 24 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Kürschners Konversations-Sprachen-Lexikon, Echtes, 10 Bände, je ein Bändchen 15 Mk. X. 3. 200 beim Verlag Julius Müller, Leipzig.

am 26. März der Setzer Albin Blante aus Mählfhausen in Th. (Hauptbuch-Nr. 30992). Ehre seinem Andenken! Ortverein Oreslau.

Russisch! Vollkommen perfekter Linotypsetzer mit mehrjähriger Praxis, der die russische Sprache in Wort und Schrift sicher beherrscht, wird sof. gesucht. Eventuell Dauerstellung. Off. an Max Mattison, G. m. b. H., Berlin SW 64, Rützelstr. 71.

Zurichter sucht Stellung. Gest. Offert. erbeten unter Nr. 25 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7.

Räse gut abgelagert, saft und schmackhaft, per Pfd nur 2.000 Mk. (sonst 3.000 Mk.), in Paketen von 4 Bsp. 10 Pf., franco einschl. Versand und Nachnahme. Karl Rembruster, Käufstraße, Altrahnsfeld Nr. 3 (Hofstein).

Am 21. März verschied plötzlich infolge Herzschlags unser lieber Kollege, der Maschinensetzer Karl Habermann im 35. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! G. v. Mannheim.

Erstklassiger Farbendrucker 20 Jahre alt, geübter Meister, Widens- und Postkartensetzer, bisher nur bei ersten Klassen in mehrjähr. Stellung. Ich bin bereit als erster Maschinenmeister tätig, wünsche jedoch in höherer Dienststellung nach dem Ans. oder im Lande zu verändern. Gest. Angebote unter Nr. 11 an die Geschäftsstelle dieses Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Monotypsetzer (Mod. C) mit langjähr. Praxis sucht als Setzer od. als Handsetzer Stellung. Gest. Off. erbet. an R. Vogt, Olegau, Kereuzerger „zur Heimal“.

Der neue Brockhaus Band 3 erschien. 4 Hefungen auf Band 1-3 (3d. 4 ersh. vorkauschlich) im Zweiteilband d. J.) umgehend erbet. Preisveränderung auch gegen wöchentliche Lieferung monatl. Teilzahlungen. Anzeigen-Nr. 11, Leipzig, Köhlerstraße 1.

Am 30. März verstarb im Alter von 61 Jahren unser lieber Kollege, der Korrektor August Stendler. Sein offener, edler Charakter, seine echte Kollegialität und seine Verdienste als Ortsvereinsfunktionär sichern ihm ein ehrendes Andenken. Bezirksverein Görlitz.

Am 31. März verstarb unser Kollege, der Setzer Richard Just im 51. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Das Personal der Kaufmanns-Buchdruckerei, Dresden.